

Erste Signale der Besserung

Jahresausblick 2022 – Ergebnisse der VU-Verbändeumfrage

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V. (VU)

Schwerin, 4. Januar 2022

Herausgeber:

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V. (VU)

Die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V. (VU) ist der Dachverband von derzeit 50 Arbeitgeber-, Wirtschafts-, Fach- und Regionalverbänden. Mit ihren über 5.600 Mitgliedern und gut 340.000 Beschäftigten vertritt die VU die Interessen der ARBEITGEBER Mecklenburg-Vorpommerns gegenüber der Politik in Land und Bund, gegenüber den Verwaltungen sowie den Medien und der Öffentlichkeit. Die VU ist die Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Landesverband der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Autor:

Jens Matschenz

matschenz@vumv.de

0385-6356-201

Inhaltsverzeichnis

1. Umfragebeteiligung	4
2. Stimmungslage.....	5
3. Geschäftserwartungen	6
4. Beschäftigung	7
5. Investitionen	8
6. Zusatzfrage 1: Bewertung des Koalitionsvertrages der Landesregierung SPD und DIE LINKE.....	9
7. Zusatzfrage 2: Einschätzung der aktuellen Corona-Politik des Landes und des Bundes.....	10
8. Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen	11
9. Fazit	12
10. Anlage: Statements aus den Verbänden.....	15

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Stimmungslage in den Unternehmen mit Blick auf 2022	5
Abbildung 2: Erwartete Umsatz- und Geschäftsergebnisse für 2022	6
Abbildung 3: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen 2022	7
Abbildung 4: Entwicklung der Investitionen 2022.....	8
Abbildung 5: Benotung des Koalitionsvertrages von SPD und DIE LINKE	9
Abbildung 6: Benotung der Corona-Politik der Landesregierung	10
Abbildung 7: Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen	11

1. Umfragebeteiligung

Die Verbändeumfrage zum VU-Jahresausblick wird jährlich im Dezember durch die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V. (VU) unter ihren Mitgliedsverbänden durchgeführt. Von diesen beteiligten sich Ende 2021 an der Umfrage:

- AGV NORD Allgemeiner Verband der Wirtschaft Norddeutschlands e. V.
- Arbeitgeberverband Nordostchemie e. V.
- Allgemeiner Unternehmensverband Neubrandenburg e. V.
- Bauverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Bund der Kaufleute e. V.
- Bundesverband der Sicherheitswirtschaft - Wirtschafts- und Arbeitgeberverband e. V. (BDSW)
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband/ Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Die Deutsche Automatenwirtschaft e. V.
- Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung und Energietechnik Nord e. V.
- Marketinggesellschaft der Agrar- und Ernährungswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- NORDHANDEL - Vereinigung Norddeutscher Handelsverbände e. V.
- NORDMETALL Verband der Metall- und Elektroindustrie e. V.
- RIC MAZA MV e. V.
- Ring der Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister e. V.
- Unternehmerverband Mineralische Baustoffe e. V.
- Verband Bergbau, Geologie und Umwelt e. V.
- Verband der norddeutschen Wohnungsunternehmen e. V.

Die an dieser Umfrage beteiligten Verbände repräsentieren in Mecklenburg-Vorpommern 2.400 Unternehmen in der Größenklasse ab etwa 9 Beschäftigten. In diesen Unternehmen sind circa 133.400 Beschäftigte tätig. Das entspricht 34 % der Unternehmen dieser Größenklasse und etwa 36 % aller SV-Beschäftigten in MV, exklusive denen des Öffentlichen Dienstes.

2. Stimmungslage

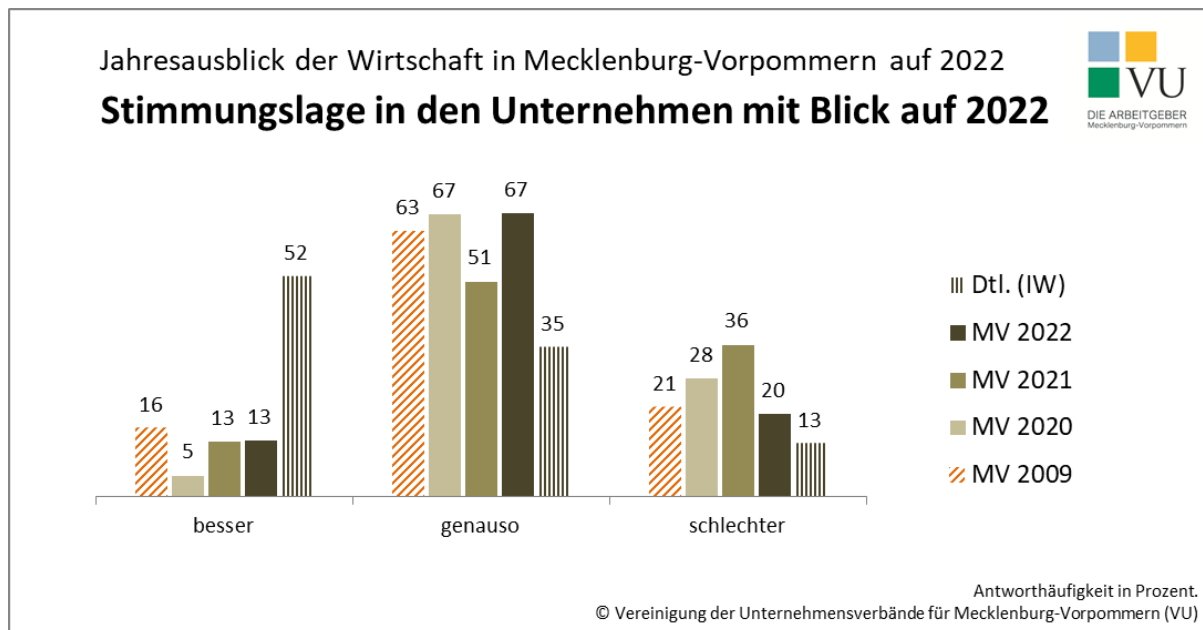


Abbildung 1: Stimmungslage in den Unternehmen mit Blick auf 2022

Schlechte Stimmung schwindet – aber nicht überall

Die Corona-Pandemie war 2020 auch für die Wirtschaft in MV mit einem bislang ungekannten Absturz verbunden.

Ein Jahr später – Ende 2021 – hat sich die Stimmungslage in der Wirtschaft trotz einer erneuten Infektionswelle und anhaltender Produktionsstörungen insgesamt etwas aufgehellt. Das Gros der Branchen sieht zumindest keine Verschlechterung für 2022, der Anteil der Pessimisten hat sich verringert. Das Jahr 2022 wird mit der Zuversicht verbunden, dass sich die Lage durchgängig verbessert. Nicht überall in gleichem Ausmaß und nicht mit gleicher Geschwindigkeit.

Vor allem die Tourismusbranche in MV verharrt auf niedrigem Niveau. Nicht zuletzt die aktuellen coronabedingten Einschränkungen haben hier zu einer erheblichen Verschlechterung der Stimmungslage beigetragen.

Augenfällig ist dabei wieder der große Stimmungunterschied gegenüber der deutschen Wirtschaft insgesamt. Rechneten hiesige Unternehmen im vergangenen Jahr offenbar mit einer deutlich schnelleren Erholung als Unternehmen im Bundesdurchschnitt, ist dieser Eindruck nun völlig anders. Die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft ist mit Blick auf 2022 von einem sehr breiten Optimismus geprägt. Keiner der vom Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) aktuell

befragten 48 Wirtschaftsverbände erwartet für das kommende Jahr einen Produktions- oder Geschäftsrückgang.

Der deutlich vorsichtigere Optimismus für Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmen erklärt sich vor allem durch die MV-typische Branchenstruktur und die vergleichsweise geringe Exportquote. Die erwartete Erholung der internationalen Investitionstätigkeit und die vielfältigen Vorleistungsverflechtungen, die sich zum Beispiel mit der Trendwende im Automobilbereich widerspiegeln, wirken sich für die hiesige Wirtschaft noch nicht so positiv aus, wie für die deutsche Wirtschaft insgesamt.

Zudem ist die Stimmungslage in den hiesigen Branchen unterschiedlich ausgeprägt. Neben der breiten Verbändemehrheit (zwei Drittel), die weder eine Stimmungverschlechterung noch eine -verbesserung angaben, gibt es ausgeprägte Optimisten allein bei der Rohstoffindustrie.

Pessimisten:

- Tourismus/ Hotels und Gastronomie
- Freizeitwirtschaft
- Maritime Zulieferer
- Agrar- und Ernährungswirtschaft

3. Geschäftserwartungen

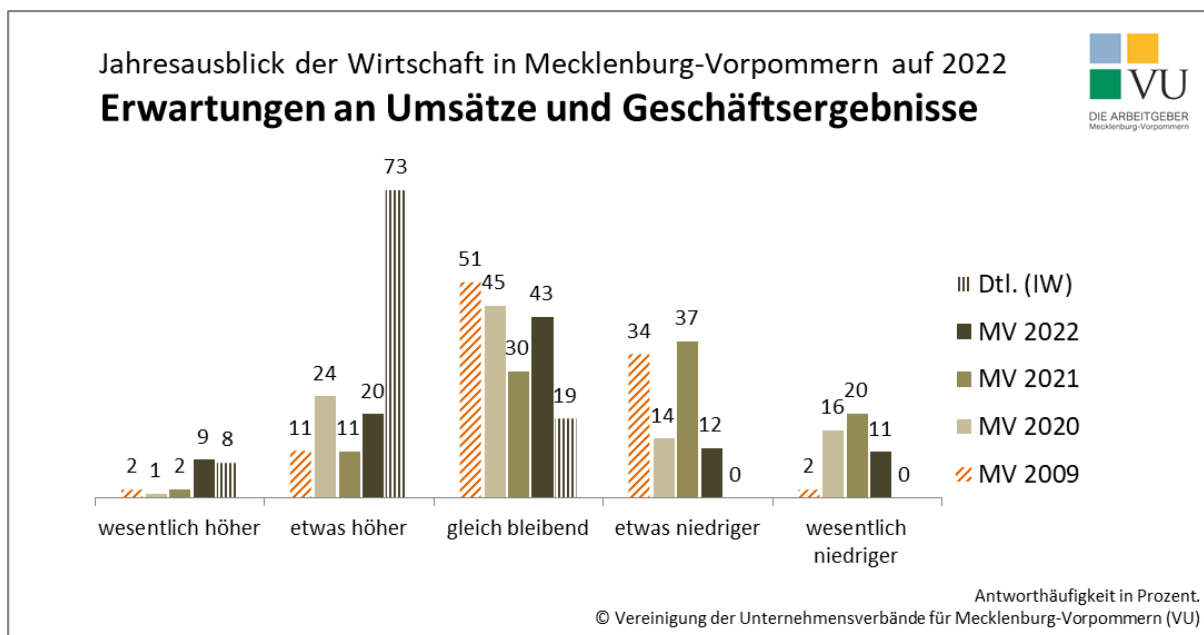


Abbildung 2: Erwartete Umsatz- und Geschäftsergebnisse für 2022

Umsatzerwartungen steigen wieder

Nach den schlechtesten Ergebnisprognosen im letzten Jahr gehen die Erwartungen nun wieder deutlich nach oben und steigen wieder über die Prognosen des Krisenjahres 2009.

Jetzt rechnen zwar noch 23 % der Unternehmen mit schlechteren Geschäftsergebnissen (2021: 57 %), aber 72 % mit gleichbleibenden oder gar steigenden Einnahmen (2021: 43 %).

Der Anteil der Optimisten hat sich binnen eines Jahres mehr als verdoppelt (von 13 auf 29 %), der der Pessimisten nahezu gedrittelt (von 57 auf 23 %).

Viele Unternehmen sehen sich gefordert, von einem deutlichen Anstieg der Umsätze ausgehen zu müssen. Diese Umsatzsteigerungen seien notwendig, um die extrem gestiegenen Energiepreise (Strom und Kraftstoffe), die tariflichen Lohnabschlüsse und den zusätzlichen Lohndruck auszugleichen, der durch den neuen anvisierten gesetzlichen Mindestlohn im Raum stehe. Es sei daher schwer einzuschätzen, ob die höheren Kosten auch am Markt durchsetzbar seien, insbesondere vor dem Hintergrund rückläufiger öffentlicher Erhaltungsinvestitionen in den Infrastrukturausbau.

Ähnlich wie bei der Stimmungslage ist auch hier ein deutlicher Unterschied zum Bundestrend sichtbar. Im Durchschnitt rechnet die übergroße Mehrheit (81 %) der Unternehmen in Deutschland mit höheren oder gar wesentlich höheren Umsätzen. Der Anteil der Pessimisten ist laut der deutschlandweiten IW-Umfrage quasi verschwunden.

Optimisten:

- Rohstoffwirtschaft
- Wach- und Sicherheitswirtschaft
- teilweise Metall- und Elektroindustrie

Pessimisten:

- Tourismus/ Hotels und Gastronomie
- Freizeitwirtschaft
- Einzelhandel
- Agrar- und Ernährungswirtschaft

4. Beschäftigung

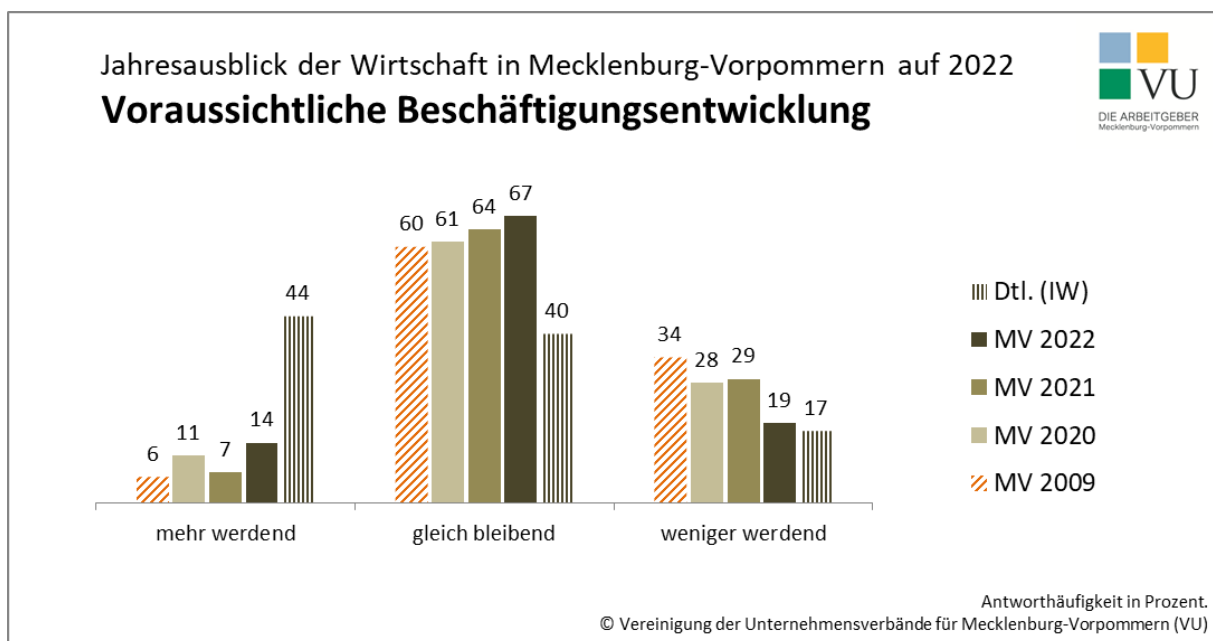


Abbildung 3: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen 2022

Kurzarbeit hilft, Beschäftigte zu halten

Der Wille und die Notwendigkeit, die Beschäftigten zu halten, wird selbst in der größten Krise, die die Wirtschaft in MV erlebt, immer deutlicher. Die Einstellungsbereitschaft steigt sogar gegenüber dem Vorjahr. Allerdings nicht im gleichen Ausmaß wie im deutschlandweiten Trend.

In den letzten Jahren hat der demografische Wandel bereits tiefe Spuren in den Unternehmen hinterlassen. Der Mangel an geeigneten Fachkräften und Helfern ist im Vergleich zur Krise 2009 sehr viel konkreter geworden und kompensiert die krisenbedingten personalwirtschaftlichen Belastungen. Entscheidend für die weitere Personalsicherung wird sein, wie lange die gegenwärtigen Corona-Einschränkungen andauern, in welchem Tempo und in welcher Qualität die Krise überwunden und parallel strukturelle Veränderungsprozesse in den Unternehmen im Zusammenhang mit Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischen Herausforderungen bewältigt werden können.

Einen entscheidenden Anteil an der relativ guten Arbeitsmarktlage hat die starke Nutzung der erleichterten Kurzarbeit. Dadurch wurde es vielen Firmen ermöglicht, Beschäftigte trotz teils heftiger Auftrags- und Produktionsrückgänge in den Unternehmen zu halten. Die Verlängerung der erleichterten Kurzarbeitsregelungen zunächst bis zum 31. März 2022 wird von allen Branchen sehr begrüßt.

Zu befürchten ist dennoch, dass vor allem im Tourismus und in der Freizeitwirtschaft weitere Personalfluktuations- und Insolvenzen mit entsprechendem Personalabbau aufgrund lang andauernder Corona-Einschränkungen drohen.

Unklar ist auch noch die Situation in großen Teilen der maritimen Industrie, die insbesondere von Finanzierungsentscheidungen des Genting Konzerns und des Bundes abhängig ist. Zu erwarten ist zudem, dass die Corona-Krise den Strukturwandel in fast allen Branchen weiter beschleunigt und damit auch Herausforderungen für die Anpassungsfähigkeit zahlreicher Beschäftigter mit sich bringen wird.

Optimisten:

- Wach- und Sicherheitswirtschaft
- Metall- und Elektroindustrie

Pessimisten:

- Tourismus/ Hotels und Gastronomie
- Freizeitwirtschaft
- Rohstoffwirtschaft

5. Investitionen

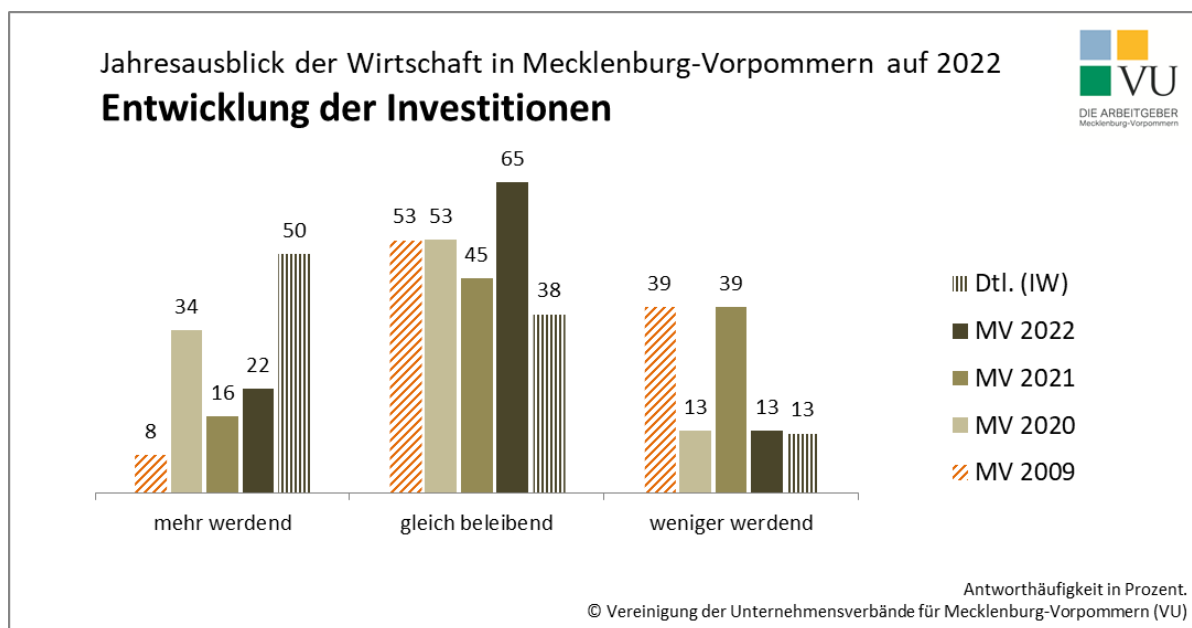


Abbildung 4: Entwicklung der Investitionen 2022

Wieder mehr Investitionen geplant

Nachdem sich im letzten Jahr viele Unternehmen aufgrund der Krise mit Investitionen stark zurückhielten, steigt nun die Investitionsneigung wieder deutlich.

Während weit mehr als die Hälfte der Unternehmen ihre Investitionsausgaben stabil halten wollen, hat sich der Anteil der Firmen die mehr investieren wollen, sichtbar erhöht (22 vs. 16 %). Gleichzeitig wollen im Vergleich zum Vorjahr deutlich weniger Unternehmen bei Investitionen sparen (13 vs. 39 %). Dies entspricht etwa dem deutschen Trend, die bisherige Investitionsschwäche zu überwinden.

Die Investitionsneigung in MV steht dennoch weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück, der die Gruppe der investitionswilligen Unternehmen in der deutlichen Mehrheit sieht und eine Aufhellung des Investitionsklimas vorzeichnet. In Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft überwiegen dagegen sehr deutlich die stabilen Investitionsplanungen (65 %).

Ursächlich für den Unterschied dürfte die besonders kleinteilige Wirtschaftsstruktur in MV sein.

Zusätzlich sind in einigen Branchen, wie im gebeutelten Tourismus, die Rücklagen vieler Unternehmen im Verlaufe der Krise nahezu aufgebraucht.

Optimisten:

- Chemische Industrie
- Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister
- Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau
- teilweise Agrar- und Ernährungswirtschaft
- teilweise Metall- und Elektroindustrie

Pessimisten:

- Tourismus/ Hotels und Gastronomie
- teilweise Agrar- und Ernährungswirtschaft

6. Zusatzfrage 1: Bewertung des Koalitionsvertrages der Landesregierung von SPD und DIE LINKE

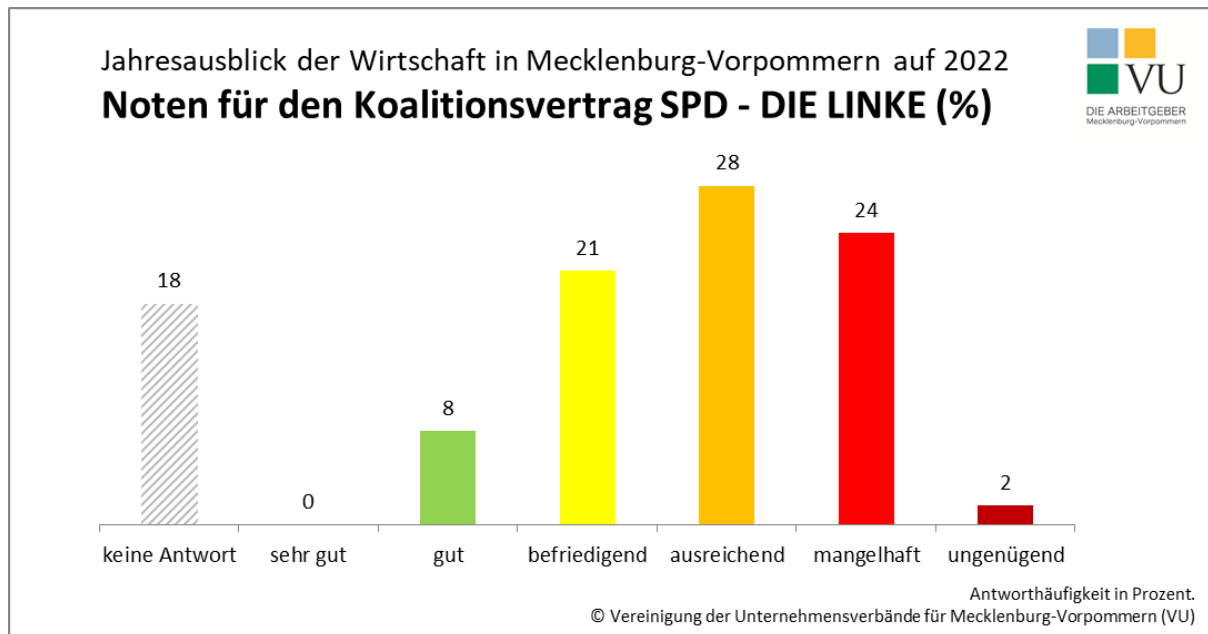


Abbildung 5: Benotung des Koalitionsvertrages von SPD und DIE LINKE

Abwartende Haltung vieler Branchen

Die Benotung des rot-roten Koalitionsvertrages im Rahmen der Verbandsumfrage fällt zum Teil kritisch aus. Nur acht Prozent der Befragten vergaben die Note „Gut“. Viele Verbände halten den Vertrag dagegen für nicht ausreichend berechenbar.

So wie der **DEHOGA MV** warten viele Verbände auf die konkrete Umsetzung der im Koalitionsvertrag avisierten Maßnahmen. Bislang sei offen, mit welchen Auflagen, Kosten und Konsequenzen die Vorhaben für die Unternehmen verbunden seien. Große Zustimmung findet das Vorhaben, die Hürden bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte abzubauen. Auch die formulierten Ziele zur Tourismuspolitik, zur Digitalisierung, zum Bürokratieabbau sowie zur Ausbildung und Fachkräftesicherung werden grundsätzlich begrüßt.

Aus Sicht der **Rohstoffindustrie** und der **Bauwirtschaft** ergeben sich aus dem Koalitionsvertrag eine Reihe von positiven Aspekten. Die anteilige Umsetzung von jährlich 400.000 neu zu bauenden Wohnungen, Maßnahmen zur Gebäudesanierung, der Ausbau der Windenergie mit dem 2%-Flächenziel und der Ausbau der Schieneninfrastruktur dürften kurz- bis mittelfristig positive Auswirkungen auf die Nachfrage nach Baustoffen und Bauleistungen haben.

Aus Sicht der **Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister** enthalte der geschlossene Koalitionsvertrag Beschlüsse, die den Arbeitsmarkt betreffen. Es werde aber wichtig sein, ein Zusammenwirken staatlicher Maßnahmen mit den Aktivitäten der Arbeitsverwaltung zu koordinieren.

Aus Sicht der **Agrar- und Ernährungswirtschaft** wird der Koalitionsvertrag grundsätzlich und speziell bei den Themen Wirtschaft und Entwicklung als unkonkret bewertet. Ablesbar sei in vielen Punkten eine Politik für Beamte und Arbeitslose. Zum Thema Mittelstand und Landwirtschaft gebe es wenig Erfreuliches.

Nicht wirklich überrascht, aber dennoch kritisch sehen viele Betriebe die Unterstützung der Koalitionspartner für eine Erhöhung des bundesweiten **Mindestlohns** auf 12 Euro.

Allerdings begrüßten die Verbände, dass beide Parteien sich zur **Umsetzung des Industriekonzepts** bekennen, wie auch zur Notwendigkeit einer konzertierten Aktion zur Fachkräftesicherung und der Stärkung der dualen Ausbildung. Es werde darauf ankommen, wie die neue Regierung ihr "Weiter so" in den kommenden fünf Jahren umsetze.

7. Zusatzfrage 2: Einschätzung der aktuellen Corona-Politik des Landes und des Bundes

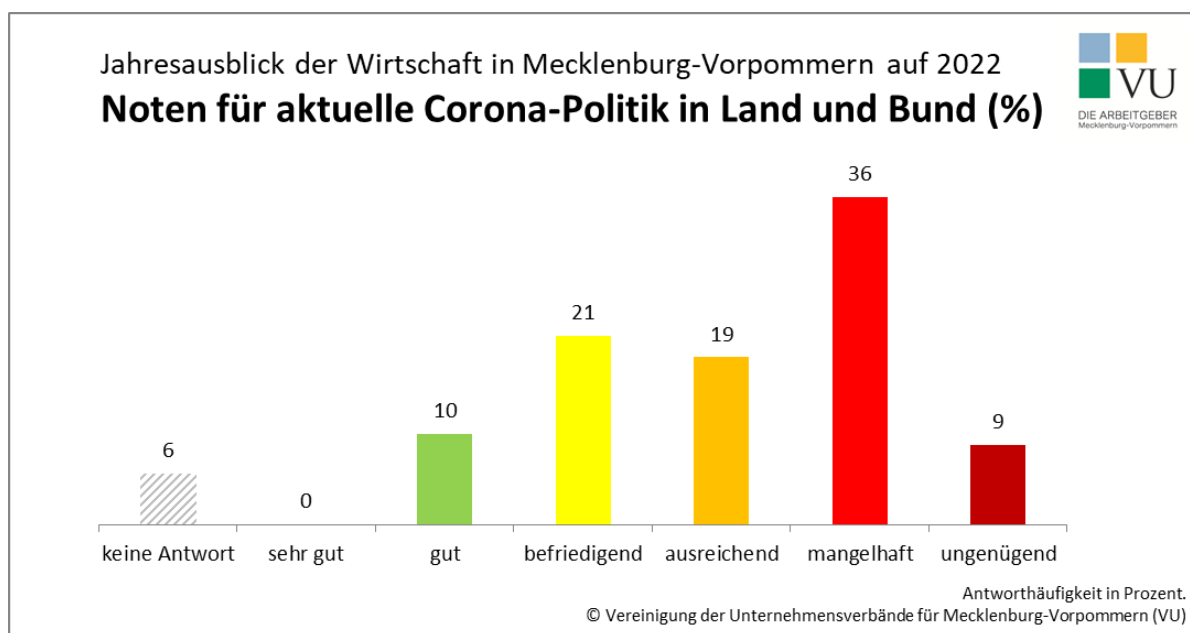


Abbildung 6: Benotung der Corona-Politik der Landesregierung

Kritik am Regelungs- und Verordnungschaos in der Corona-Krise

Bereits im letzten Jahr befragte die VU ihre Mitglieder über den wirtschaftspolitischen Kurs der Landesregierung in der Corona-Krise. Nachdem in den vorhergehenden Jahren die Kritik der Verbände an der Wirtschaftspolitik überwog, hatte sich zu Beginn der Corona-Krise das Meinungsbild stark zum Positiven verändert. Nahezu alle Branchen lobten die Landesregierung und insbesondere das zuständige Wirtschafts-, Arbeits- und Gesundheitsministerium für deren umsichtiges Handeln und engagiertes Krisenmanagement auf Landes- und Bundesebene.

Im Verlaufe dieses Jahres und unter dem Eindruck der aktuell erneut sprunghaft steigenden Infektionszahlen hat sich dieses positive Bild um 180 Grad gedreht. Die von 36 % der Befragten vergebene Note „Mangelhaft“ für die aktuelle Corona-Politik der Landesregierung zeigt, dass zunehmend Unmut bei den Unternehmen vorherrscht. Die Corona-Politik der Bundesregierung wurde ähnlich kritisch beurteilt.

Besonders kritisiert wird ein „Regelungs- und Verordnungschaos an allen Ecken“. Was heute gelte, sei morgen nicht mehr wahr. Schwächen gebe es in allen Bereichen des Krisenmanagements (Impfstoffbeschaffung, Impfkampagne etc.). Das Management der Testinfrastruktur sei chaotisch – erst aufgebaut, dann zurückgefahren und dann als 2G-Plus verpflichtend

eingeführt! Vielfach würden den Betrieben Aufgaben des Test- und Impfmanagements mit unklaren Bedingungen übertragen, die eigentlich in der Verantwortung des Staates lägen.

Von Schließungsmaßnahmen und unübersichtlichen Regelungen besonders betroffene Branchen, wie HOGA, der stationäre Einzelhandel (ohne Lebensmittel) und die Freizeitwirtschaft klagen über die Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz – auch durch mangelnde Klarheit, unterschiedliche Länderregelungen sowie unzureichende öffentliche Kommunikation und die damit verbundene zunehmende Verunsicherung in der Bevölkerung. Tragfähige Hygienekonzepte der Wirtschaft und Warnungen vor illegalem Spielbetrieb sowie vor größeren Feiern im privaten Kreis mit entsprechend großer Infektionsgefahr seien von der Politik nur unzureichend berücksichtigt worden.

Auch die Einführung der verpflichtenden 3G-Regel in den Betrieben steht nach wie vor in der Kritik. Nicht zuletzt der Krankenstand hat sich durch 3G in vielen Betrieben auf bis zu 30% erhöht. Es sei davon auszugehen, dass viele Nichtgeimpfte die Möglichkeit der telefonischen Krankschreibung genutzt hätten, um sich der täglich notwendigen Tests zu entziehen.

8. Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen

Branche	Stimmung	Umsatz	Beschäftigte	Investitionen
Agrar- und Ernährung	☹	↘	→	↘
Freizeitwirtschaft	☹	↓	↓	→
Baubranche	☺	→	→	→
Einzelhandel	☺	↘	→	→
Groß- und Außenhandel	☺	→	→	→
GALA Bau	☺	→	→	↗
Hotels und Gastronomie	☹	↓	↘	↘
Maritime Zulieferer	☹	↘	→	→
Metall- und Elektroindustrie	☺	→	↗	↗
Rohstoffindustrie	☺	↗	→	→
Technische Gebäudeausrüs- tung und Energietechnik	☺	→	→	→
Wach- und Sicherheitsdienste	☺	↗	↗	→
Wohnungswirtschaft	☺	→	→	→
Gesamt	☺	➔	➔	➔
	Schlechte Stimmung schwindet	Umsatzerwar- tungen stei- gen	Beschäftigte halten	Investitions- schwäche überwunden

Abbildung 7: Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen

Stimmung: ☺ = besser ☺ = genauso ☹ = schlechter

Umsatz / Beschäftigte / Investitionen:

↑ = stark ansteigend ↗ = leicht ansteigend ➔ = konstant ↘ = leicht zurückgehend ↓ = stark zu-
rückgehend

9. Fazit

Beim VU-Jahresausblick 2022 mag angesichts der wieder rasant gestiegenen Corona-Infektionszahlen der nachlassende Pessimismus der befragten Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Mecklenburg-Vorpommern verwundern. Aber anders als im zurückliegenden Jahr sind mittlerweile Impfstoffe breit verfügbar, ist die Nachfrage nach Produktionsgütern und Leistungen international wieder gestiegen und gibt es eine erheblich aufgetaute Konsumnachfrage. Insgesamt also gute Wachstumsvoraussetzungen.

Bereits das Jahr 2020 war geprägt von einem deutlichen – unfreiwilligen – Zuwachs an Erfahrung und Fähigkeit der Unternehmen hinsichtlich besserer Nachhaltigkeit, stärkerer Krisenresilienz und erfolgreichem kollaborativen Zusammenarbeiten. Dies hat sich 2021 fortgesetzt. Der digitale Wandel in den Unternehmen hat zudem auf unterschiedlichen Ebenen an Tempo und Umfang zugelegt.

Zugleich ist 2021 eine grundlegende negative Erfahrung hinzugekommen: die offensichtliche Überforderung der Politik auf Länder- und Bundesebene, in der aktuellen schweren Krise strategisch richtig und umsichtig zu entscheiden und entschlossen zu handeln, ohne den Rückhalt in der Bevölkerung zu verlieren. Und noch größere Schwächen wurde offenbar: Das staatliche Bildungssystem und viele öffentliche Verwaltungen sind auch nach zwei Jahren der Chance, aus dem Krisen-Modus effektiv zu lernen, nicht gut aufgestellt und immer noch nicht online-fähig.

Corona-Regelungen werden trotz wiederholter Warnungen und Hinweise aus der Wirtschaft immer noch hektisch, extrem unübersichtlich und bestenfalls für spezialisierte Volljuristen nachvollziehbar erlassen und wenig verständlich und unprofessionell kommuniziert. Die Folge sind zusätzliche Kosten- und Personalbelastungen on top für die Betriebe, Verunsicherung und wachsender Unmut in der Bevölkerung, sinkende Akzeptanz der politischen und staatlichen Führung und erste Risse im Demokratieverständnis.

Diese Eindrücke überlagern aktuell leider auch viele positive Erfahrungen der Wirtschaft im gemeinsamen Handeln mit der Politik, um Unternehmen in der andauernden Corona-Krise zu unterstützen. Diverse Bundes- und ergänzende Landeshilfen für Betriebe und Selbständige sicherten bislang zahlreiche Existenzen und Arbeitsplätze. Aktuell wächst zudem die Hoffnung, dass das Ende der Pandemie mit einer wachsenden Impfrate und weniger aggressiven Virusvarianten absehbar sein wird. Zugleich scheint es dringend geboten, aus dem bisherigen Krisenverlauf zu lernen und Schlussfolgerungen zu ziehen, damit Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaft auch künftig mit ähnlichen pandemischen Situationen leben können.

Allerdings drohen die Verschärfungen der Corona-Maßnahmen zur Bekämpfung der Omikron-Variante nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) vor allem im Gastgewerbe und im stationären Einzelhandel tiefe Spuren zu hinterlassen. Teils wandere das Geschäft in den Onlinehandel ab. Und auch in der Gastronomie seien erhebliche Einbußen zu erwarten.

Erst wenn die sensiblen, aber latent reisehungrigen Tourismuskunden wieder Vertrauen in einen unbeschwerten Urlaub fassen, könnten Mecklenburg-Vorpommerns Tourismus-Unternehmen sowie der stationäre Einzelhandel alle Attraktivitätspunkte Mecklenburg-Vorpommerns und die gewonnenen Erfahrun-

Wachsende Fähigkeit der Krisenbewältigung in der Wirtschaft

Überforderte Politik

Hilfsprogramme sicherten viele Existenzen

Tourismus, HOGA und stationärer Einzelhandel weiter unter Druck

gen für einen sicheren inländischen Tourismus ausspielen. Sofern es dann noch ausreichend Beschäftigte gerade in der Tourismusbranche gibt.

Mit einer kräftigen Fortsetzung der Erholung ist zu rechnen sobald die aktuelle Infektionswelle wieder unter Kontrolle ist. Neben den natürlichen Virusvariantenspezifika wird vermutlich eine ausreichend hohe Impfquote der entscheidende Faktor für die Belebung der für MV so wichtigen Wirtschaftsbereiche Tourismus und Einzelhandel sein. Schließlich gibt es viel aufgestaute Konsumnachfrage. Laut IMK-Schätzung haben die deutschen Privathaushalte in den Corona-Jahren 2020 und 2021 rund 180 Milliarden Euro zusätzlich gespart.¹

**Alles hängt an der
Impfquote**

Deshalb gilt es für die Politik, deutlich mehr positive Anreize für eine höhere Impfquote zu setzen und gleichzeitig als Ultima Ratio intensiv über eine gesetzliche Impfpflicht nachzudenken. Ende November hatte z. B. der Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie in einer Pressemitteilung davor gewarnt, dass trotz leicht sinkender Arbeitslosenzahlen und vor dem Hintergrund der vierten Corona-Welle Kurzarbeit wieder zunehmen könnte und eine generelle Impfpflicht gefordert, um die Belegschaften bestmöglich zu schützen und um Aufwand und Belastungen für Betriebe und Beschäftigte so gering wie möglich zu halten.²

Durchgängig erwarten die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, dass Lieferengpässe und die vierte Corona-Welle die deutsche Wirtschaft in den kommenden Monaten noch stark bremsen werden und über das Winterhalbjahr die konjunkturelle Entwicklung stagnieren wird. Doch ab dem zweiten Quartal wird nach der Winterpause ein kräftiges Wachstum erwartet. Die führenden Ökonomen berechneten, dass das deutsche BIP im Jahresdurchschnitt 2022 um 4 bis 4,5 Prozent steigen könnte.

Bessere Konjunkturaussichten

Grund für den Aufschwung sei laut IW, dass die Unternehmen immer noch ein Nachholen erleben und auf dem Weg zu dem Vorkrisen-Niveau seien. Das hätten die Unternehmen bisher noch nicht wieder erreicht. Insofern gingen viele Betriebe davon aus, dass sich das in 2022 ergebe. Erwartet werde zudem, dass sich die Lieferengpässe im Laufe des Jahres auch auflösen.

Zudem seien Auftragsbestände auf einem historischen Höchststand, vor allem in der Industrie. Das heißt, es gebe eigentlich kein Nachfrageproblem. Und das scheine derzeit einen gewissen Optimismus – vor allem im produzierenden Gewerbe - zu tragen.

Ein Beleg für diese Aussage des IW scheint u.a. auch das NORDMETALL-Umfrageergebnis zu sein, das eine Steigerung der Kapazitätsauslastung aller M+E-Betriebe seit Januar um fast zehn Prozent auf 87,2 Prozent ausweist.

**VU rechnet mit
2 % Wachstum**

Die VU hält die Schätzung des Wirtschaftsministers Reinhard Meyer allerdings für zu hoch gegriffen, der von einem 3-prozentigen Wirtschaftswachstum für Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft in 2022 ausgeht. Vor dem Hintergrund massiver Einbrüche, vor allem im gesamten Tourismus und im Einzelhandel, verbunden mit einem problematischen Fachkräfte- und Helfermangel erscheint diese Prognose zu optimistisch. Zudem sind BIP-Ergebnisse in MV

¹ [Neue Konjunkturprognose – IMK: Deutsche Wirtschaft wächst um 2,6 Prozent 2021 und um 4,5 Prozent 2022 \(idw-online.de\)](#)

² Quelle: NORDMETALL-PI vom 30.11.2021

traditionell stark abhängig von der erfolgreichen Fertigstellung einzelner Schiffsprojekte. Deshalb wird eine Wachstumsaussage auch von dem Ergebnis der Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund für eine Unterstützung der MV Werften und einem erfolgreichen Abschluss der Fertigung des Kreuzfahrerschiffes Global 1 in 2022 abhängen.

Eine nachhaltige positive Trendwende am Arbeitsmarkt hatte bereits zur Jahresmitte 2021 eingesetzt. Die VU geht davon aus, dass die negativen Arbeitsmarktwirkungen der Pandemie im Jahr 2022 weitgehend überwunden sein werden. Die Erwerbstätigkeit könnte den Vorkrisenstand sogar übertreffen. Bleibende Probleme aus der Pandemie erwartet die VU allerdings in einer gestiegenen Langzeitarbeitslosigkeit.

Lieferengpässe für Ausrüstungsinvestitionen könnten sich insbesondere beim produzierenden Gewerbe bis weit ins Jahr hinein auswirken. Dennoch geht die VU bei der hiesigen mittelständisch geprägten Industrie, aber auch bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) anderer Branchen, von spürbaren Investitionszuwächsen aus.

Auch die Bauinvestitionen zeigen nach oben. Treibende Kraft ist weiterhin der private Wohnungsbau. Zudem könnte aber auch in MV der Wirtschaftsbau wieder in Gang kommen. Zusätzliche Impulse sind bei öffentlichen Bauinvestitionen durch geplante Maßnahmen zur Modernisierung der Infrastruktur zu erwarten.

Selbst in der aktuellen Krise hat die VU intensiv und erfolgreich an der wirtschaftlichen Zukunft des Landes entscheidend mitgewirkt. Es gelang, nach mehrjähriger Vorbereitung im Juni 2021 gemeinsam mit den Sozial- und Wirtschaftspartnern und der Landesregierung, ein Konzept des qualitativen Wachstums in Form des ersten Industriekonzeptes für Mecklenburg-Vorpommern zu beschließen. 2021 war also nicht nur ein Krisenjahr, sondern kann rückblickend für das Land auch als ein Zukunftsjahr betrachtet werden.

Ziel des Industriekonzeptes 2030 ist es, die nach wie vor große Produktivitätslücke des Landes im Vergleich zu strukturstarken Regionen Schritt um Schritt zu verringern. Notwendig ist ein strategischer Pfad, um den in den letzten 30 Jahren entwickelten industriellen Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten, beim Wachstum erfolgreich zu unterstützen und gezielt mehr Industrie in MV anzusiedeln.

Die VU wird sich an der Planung einer Roadmap zur Umsetzung des ehrgeizigen Industriekonzeptes aktiv beteiligen und die Arbeit der Landesregierung künftig an der Umsetzung dieses Vorhaben messen.

Trendwende am Arbeitsmarkt, aber steigende Langzeitarbeitslosigkeit

Investitionsschwäche überwunden

Zukunft gestalten:

VU begleitet Umsetzung des Industriekonzeptes MV 2030

10. Anlage: Statements aus den Verbänden

Stimmungslage:

Auch im zweiten Pandemiewinter wird die Last in der Bewältigung der Krise wieder auf ein paar wenige Branchen abgeladen. Erneut muss dabei das Gastgewerbe die Hauptlast tragen.

Die Politik verfällt in das gleiche, längst überwunden geglaubte Verhaltensmuster. Zwar wurden wir bislang nicht komplett geschlossen, doch wirken die Verschärfungen der Rahmenbedingungen wie ein Lockdown durch die Hintertür. Allerdings – und das ist dramatisch – ohne dieses neuerliche Opfer angemessen zu entschädigen.

Vor diesem Hintergrund blickt die sonst optimistisch denkende Branche mit deutlichen schlechteren Erwartungen in die nahe Zukunft. Planloses politische Agieren, bundesweites Regelungs- und Verordnungschaos sind nicht dazu angetan, Optimismus zu erzeugen.

Geschäftserwartungen:

Die pessimistische Grundstimmung schlägt sich natürlich auch auf die Umsatzerwartungen aus.

Viele Unternehmen glauben nicht daran, dass im nächsten Jahr die Trendwende eintritt und die Pandemie überwunden werden kann. Demzufolge sinkt die Umsatzerwartung bzw. Erwartung an die Geschäftsentwicklung.

Neben der pandemischen Situation spielen aber auch bundespolitische Unwägbarkeiten eine Rolle. Viele Herzensangelegenheiten der Ampelkoalitionäre werden wohl mit steigenden Kosten in der Wirtschaft einhergehen. Dies gepaart mit den explodierenden Energie- und Lebensmittelpreisen birgt die Gefahr, dass das substituierbare Gut von Reisen und Genuss in den Hintergrund tritt und an dieser Stelle durch den Gast „eingespart“ wird.

Beschäftigungsaussichten:

Die Situation am Arbeitsmarkt ist bekannt. Alle Branchen ringen gleichermaßen um Arbeits- und Fachkräfte. Hinzu kommt die nun mittlerweile fast zwei Jahre andauernde Pandemielage und die Ungewissheit hinsichtlich der Geschäftssituation im Gastgewerbe herrscht.

Diese Ungewissheit gepaart mit der Perspektivlosigkeit der Schließmonate hat zu einer Abwanderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gastgewerbes geführt. Sollte sich die pandemische Lage und damit die Möglichkeit gastgewerbliche Betriebe zu betreiben nicht spürbar bessern, wird sich dieser Trend eher verstärken, denn abschwächen.

Investitionsabsichten:

Den Unternehmen ist bekannt, dass regelmäßige Investitionen in das eigene Produkt, das eigene Angebot zur Qualitätssicherung und -steigerung beiträgt. Gerade darin kann eine Chance zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise in nachpandemischer Zeit liegen.

Allerdings hat in den allermeisten gastgewerblichen Unternehmen die sowieso schon dünne Eigenkapitaldecke große „Corona-Löcher“ bekommen. Viele Unternehmen mussten Rücklagen und Investitionsrückstellungen aufbrau-

**DEHOGA
Deutscher Hotel-
und Gaststätten-
verband MV**

Matthias
Dettmann,
Hauptgeschäftsführer

chen, um die nackte Existenz zu sichern.

Investitionen werden damit auf lange Sicht kaum möglich sein, zumal viele Unternehmen trotz Hilfen zusätzliche Kredite aufnehmen mussten, um die Krise zu überstehen. Auch hier wird der zusätzliche Kapitaldienst zukünftige Investition zumindest erschweren.

Aus Sicht der Branche ist daher umso wichtiger, die ausgelaufenen Investitionsprogramme für die Branche wieder aufzulegen. Insbesondere die kleinteilige Gastronomie und insbesondere in der Fläche bedarf einer zusätzlichen Unterstützung.

Bewertung des Koalitionsvertrages SPD-DIE LINKE:

Bei vielen avisierten Maßnahmen im Koalitionsvertrag kommt es definitiv auf die konkrete Umsetzung an. Denn bislang ist offen, mit welchen Auflagen, Kosten und Konsequenzen sie für unsere Unternehmen verbunden sind.

Große Zustimmung unsererseits findet das Vorhaben, die Hürden bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte abzubauen.

Auch die formulierten Ziele zur Tourismuspolitik, zur Digitalisierung, zum Bürokratieabbau sowie zur Ausbildung und Fachkräftesicherung begrüßen wir grundsätzlich.

Mehr Mut und Konsequenz hätten wir uns bei den Themen Arbeitszeitflexibilisierung und Erhöhung der Minijobverdienstgrenze gewünscht.

Herausfordernd für die Betriebe wird die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro.

Und enttäuschend ist, dass das zentrale Branchenanliegen der Beibehaltung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Speisen mit Einbezug der Getränke keine Erwähnung findet.

Aktuelle Corona-Politik:

Regelungs- und Verordnungschaos an allen Ecken. Was heute gilt, ist morgen nicht mehr wahr.

Schwächen in allen Bereichen des Krisenmanagements (Impfstoffbeschaffung, Impfkampagne, etc.). Chaos um die Testinfrastruktur – erst aufgebaut, dann zurückgefahren und dann als 2G-Plus verpflichtend gemacht!

Stimmungslage:

Da die wirtschaftliche Lage auch 2021 für unsere Branche gut war, blicken wir relativ optimistisch in die Zukunft. Sorgen bereiten uns die Haushalte der öffentlichen Hand. Wir müssen davon ausgehen, dass die Investitionsmittel für Straßenbau auf Ebene des Landes, der Landkreise und Gemeinde zurückgehen werden.

Positiv werden sich die Energiewende (Bau von Windkraftanlagen, Gebäudesanierung) und der Wohnungsbau in den Oberzentren von Mecklenburg-Vorpommern auswirken.

Geschäftserwartungen:

Wir müssen von deutlich höheren Umsätzen ausgehen. Diese Umsatzsteigerungen sind notwendig um die extrem gestiegenen Energiepreise (Strom und

UVMB

**Unternehmer-
verband
Mineralische
Baustoffe**

Bert Vulpius,
Geschäftsführer

Diesel), die tariflichen Lohnabschlüsse (3%) und den zusätzlichen Lohndruck der durch den neuen anvisierten Mindestlohn im Raum steht.

Das Betriebsergebnis (Gewinn) sehen wir auf Vorjahresniveau bis leicht unter Vorjahresniveau. Es ist im Moment schwer einzuschätzen, ob die höheren Kosten auch am Markt durchsetzbar sind, insbesondere vor dem Hintergrund rückläufiger öffentlicher Investitionen in den Infrastrukturausbau (Erhaltung).

Beschäftigungsaussichten:

Der gegenwärtige Mangel an qualifiziertem Fachpersonal wird nicht dazu führen, dass die Unternehmen Mitarbeiter abbauen. Zusätzlich wirkt der demographische Wandel in den Unternehmen. In den nächsten Jahren werden viele Beschäftigte in Rente gehen, die nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht ersetzt werden können.

Investitionsabsichten:

Investitionen könnten durch die geplanten Maßnahmen zur Energiewende auch leicht steigen. Photovoltaik zur Eigenversorgung der Werke mit Energie ist vor dem Hintergrund extrem steigender Energiekosten durchaus eine Alternative.

Aktuelle Corona-Politik:

Die 3G-Regel hat dazu geführt, dass der Krankenstand in den Unternehmen auf bis 30 % angestiegen ist. Es ist davon auszugehen, dass viele Nichtgeimpfte die Möglichkeit der telefonischen Krankschreibung genutzt haben, um sich der täglich notwendigen Tests zu entziehen.

Bewertung des Koalitionsvertrages SPD-DIE LINKE:

Der geschlossene Koalitionsvertrag in MV setzt für die Organisation und Durchführung von Arbeitsmarktdienstleistungen eine Reihe von Möglichkeiten zu. Für den Erfolg der Beschlüsse, die den Arbeitsmarkt betreffen, wird es wichtig sein, wie es gelingt ein Zusammenwirken staatlicher Maßnahmen mit den Aktivitäten der Arbeitsverwaltung zu koordinieren. Einer oftmals beobachtete Ausgrenzung privater Anbieter gilt es unbedingt entgegenzuwirken. Es muss verhindert werden, dass die Leistungen der privaten Arbeitsmarktdienstleister (Aktivierungsmaßnahmen, Coaching, berufliche Weiterbildung) durch angedachte bzw. neu entstehende Bereiche der Jobcenter bzw. der Agentur für Arbeit übernommen werden.

Aktuelle Corona-Politik:

Wir sehen die Arbeitsmarktdienstleister insgesamt mit ihren Branchen Betriebliche Weiterbildung, Coaching, Maßnahmen zur beruflichen Integration, Sprachkurse und vielfältigen Aktivitäten zur Personalentwicklung und Betreuung arbeitsloser Menschen ungenügend von der Politik wahrgenommen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass in diese sich daraus ableitenden gesellschaftlichen Prozesse tausende Menschen in Mecklenburg-Vorpommern einbezogen sind und Sicherheiten für ihre Arbeit sowie auch für ihre Teilnahme benötigen.

Sowohl bei der Nichtberücksichtigung in den laufenden Corona-Festlegungen als auch durch ständige Veränderungen der Regeln treten Unsicherheiten und Demotivationen auf.

**RdA Ring der
Arbeitsmarkt-
und Bildungs-
dienstleister**

Torsten Edlich, AdW
Agentur der
Wirtschaft,
Geschäftsführer

Investitionsabsichten:

Aufgrund der sehr guten Wirtschaftslage der Branche und des Fachkräftemangels wird insbesondere stark in maschinelle Ausrüstung investiert.

Beschäftigungsaussichten:

Betriebe suchen nach mehr Personal. Aber das ist wegen des Fachkräftemangels nur schwer umsetzbar.

Bewertung des rot-roten Koalitionsvertrages:

Der rot-rote Koalitionsvertrag ist nicht ausreichend berechenbar und wirtschaftsfreundlich.

Aktuelle Corona-Politik:

Es wurde zu spät und inkonsequent reagiert, wechselhaft und undurchsichtig.

GALA Bau MV
**Fachverband Garten-, Land-
schafts- und
Sportplatzbau MV**

Meike Stelter,
Geschäftsführerin

Stimmungslage:

Die Stimmungslage hat sich verschlechtert. Zuständigkeiten sind oft unklar. Es wird ein wachsender Vertrauensverlust in die Politik deutlich, verbunden mit Skepsis für die Bewältigung künftiger Aufgaben.

Hier eine Unternehmermeinung: „Beschlüsse kommen sehr kurzfristig, zu spät und sind mal wieder in den Betrieben umzusetzen, z.B. kostenlose Corona-Testzentren sind heillos ausgebucht oder haben keine Testkits, also muss der Betrieb sich kümmern. Die Handelnden haben sich vom wirtschaftlichen und sozialen Leben inzwischen zu weit entfernt und bräuchten dringend kompetente Beratung. Stattdessen hetzt man den Zoll in Kampfmontur in die Betriebe und stellt alle Handelnden unter Generalverdacht.“

Bewertung des Koalitionsvertrages SPD-DIE LINKE:

Der Koalitionsvertrag ist grundsätzlich und speziell bei den Themen Wirtschaft und Entwicklung als unkonkret bewertet. Es gibt mehr Geld für Lehrer und Unterstützung für die Werften. Es ist in vielen Punkten eine Politik für Beamte und Arbeitslose. Zum Thema Mittelstand und Landwirtschaft gibt es wenig Erfreuliches.

Bemängelt wird, dass es keinerlei Planungssicherheit und strategischen Plan zu wichtigen Fragen gibt wie zum steigenden Personalbedarf und zur Einwanderung. Die Grundlage des Wohlstandes unseres Landes wird in Gefahr gesehen, weil Demographie, Abwanderung junger fähiger Menschen und Verlust von Arbeitskräften in Gastronomie, Hotellerie und Handwerk hin zu Verwaltung, Schule und Bürokratie von der Landesregierung eher gefördert und nicht bekämpft werden.

Eine Mindestlohnerhöhung auf 12 € ist in so kurzer Zeit nicht stemmbar.

Die Pläne sind teilweise erstaunlich, z.B. landesweites Rufbussystem in jedem Ort alle 2 Stunden – wie soll das gehen?

Unternehmerstimme: „Die Ernährungsindustrie ist lediglich eine Fußnote unter der Überschrift 'Eine Landwirtschaft mit Zukunft': 'Die Land- und Ernährungswirtschaft ist systemrelevant sie trägt erheblichen Anteil daran, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern auch während der Corona-Pandemie nie Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln hatten'. Vielen Dank! Wie steht es um die Förderung und Weiterentwicklung, die verstärkte Verzahnung und weitere Ansiedelungen, wir dürfen uns wohl schon freuen, dass wir es mit diesem

AMV

Jarste Weuffen,
Geschäftsführerin

einen Satz überhaupt in das Papier geschafft haben."

Aktuelle Corona-Politik:

Die Corona Politik wird von mehreren Betrieben mit einem Lockdown durch die Hintertür verglichen. Bemängelt wird, dass es nur immer noch nur um Inzidenzen und Kontaktbeschränkungen geht, Pläne und Strategien nicht erkennbar sind. Konkret: Was soll das Plus hinter 2G in der Gastronomie und in der Veranstaltungsbranche? Im Mittelpunkt der Aussagen der Unternehmer stehen die Themen Impfpflicht, Handling von 2G, 2G+ und 3G sowie Punkte zu Voraussetzungen für reibungslose Betriebsabläufe [...]. Bezüglich der Impfpflicht steht nicht die Frage, ob wir mit dem Virus weiterleben müssen, sondern WIE wir künftig damit leben.

Als positiv wird die Berufung eines Generals zum Leiter des künftigen Krisenstabs eingeschätzt. Ansonsten sind die Aussagen kritisch.

In der Einschätzung zu 2G, 2G+ und 3G wird festgestellt, dass 3G am Arbeitsplatz für KMU eine enorme Herausforderung darstellt, die von mehreren kleinen Betrieben als nicht beherrschbar und damit unzumutbar bezeichnet wird. Die Testpflicht belastet die Unternehmen in Kosten und personellem Aufwand und sollte entsprechend vergütet werden.

Aufgrund der Testpflicht in den Betrieben sind einige Mitarbeiter einfach der Arbeit ferngeblieben oder haben sich krankschreiben lassen. Die Betriebe können sich aber keinen Arbeitskräfteverlust leisten, da die meisten ohnehin nicht genügend Arbeitskräfte haben.

2G+ an der frischen Luft wird in Frage gestellt, hier ist keine sinnvolle Strategie erkennbar. Die „Bestrafung“ der doppelt Geimpften mit einem zusätzlichen Test erhöht keinesfalls die Bereitschaft zum Boostern. Es wird die Gefahr gesehen, dass durch 2G+ in der Gastronomie die Ansteckungsgefahr noch weiter ins private abwandert. Entscheidungen wie die zur Impfpflicht dauern zu lange und berücksichtigen nicht die nachfolgenden notwendigen Umsetzungsmaßnahmen in den angrenzenden Bereichen.

AMV-Forderungen (teilweise Bund, teilweise Land)

- klare Aussagen und eine Corona-Strategie und parteiübergreifendes Handeln in der Corona-Politik
- Schaffung einer umfassenden Testinfrastruktur, die auch die Wochenend- und Schichtarbeit abdeckt
- Unterstützung der Betriebe bei der Beschaffung und Finanzierung von Testkits
- zügige Entscheidung zur Impfpflicht
- Klare Regelung der Zuständigkeiten und Aussagen - Wann ist die Regierung komplett arbeitsfähig?
- Gewährung von notwendigen Fristen für die Umsetzung von Maßnahmen
- Forderung nach einem rechtzeitigen Beschluss zu einer Pendlerpauschale, wenn diese notwendig wird und weniger Bürokratie bei der Abrechnung (bitte auch eine solche
- Regelung, dass nicht von Freitagnachmittag bis Montag früh Neues umgesetzt werden muss)

- *Einführung einer Unternehmenssteuerreform, die die KMU entlastet*
- *Problemlösungen für Themen wie Energie- und Wasserkosten für die Branche, dies liegt momentan völlig brach*

Bewertung des Koalitionsvertrages SPD-DIE LINKE:

Positiv ist die Förderung von Mittelstand und Handwerk, negativ der Eingriff in Tarifautonomie und der zusätzliche Feiertag.

Aktuelle Corona-Politik:

Kontrollen der Impfnachweise, Genesenen-Atteste und Corona-Tests der Beschäftigten durch die Arbeitgeber ist kaum möglich, und wenn dann nur mit hohem organisatorischen und finanziellen Aufwand.

Die Corona-Maßnahmen sind widersprüchlich und dem Anschein nach willkürlich, wie die sehr starke Zuschauerbegrenzung bei Bundesligaspielen und Weihnachtsmarktschließungen trotz Konzepte wie 2G+.

**BDSW
Bundesverband
der Sicherheits-
wirtschaft - Wirt-
schafts- und Ar-
beitgeberverband**

Martin Hildebrandt,
Geschäftsführer

Geschäftserwartungen:

Es wird leider viele Unternehmen geben, die komplett schließen werden, da es in Anbetracht der Abstandsregelungen kaum Möglichkeiten gibt, neue rentable Standorte zu eröffnen.

Aktuelle Corona-Politik:

Note „ungenügend“ – da die Spielhallen und Spielbanken wieder die ersten sind, die mit 2G+ und Schließungen beauftragt sind. Dies, obwohl sich nie mehr als 12 Gäste in den Räumen aufhalten und Mindestabstände und Hygieneregeln besten umgesetzt werden können. Wir befürchten, dass wieder vermehrt illegale Spielmöglichkeiten in Hinterzimmern aufgesucht werden.

**Verband der
Automatenkauf-
leute Berlin und
Ostdeutschland
e.V.**

Steffen Rehr,
2. Vorsitzender

Geschäftserwartungen

Die Kapazitätsauslastung aller M+E-Betriebe ist seit Januar um fast zehn Prozent auf 87,2 Prozent gestiegen. Sie liegt damit exakt auf dem Niveau vom Frühjahr 2019, aber noch rund zweieinhalb Prozent unter dem Wert vom Frühjahr 2018. Immer noch 15 Prozent der M+E-Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern bezeichnen ihre Geschäftslage als unbefriedigend oder schlecht.

Bei 61 Prozent der Unternehmen reicht der Auftragsbestand für sechs Monate und mehr, nur bei 16 Prozent liegt er unter zwei Monaten.

70 Prozent der Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern wagen eine Vorhersage zur Dauer der Corona-Lage. 40 Prozent rechnen noch 2021 mit Erreichung des Vor-Corona-Produktionsniveaus, 30 Prozent im kommenden Jahr.

81 Prozent aller befragten Betriebe leiden nach eigenen Angaben unter stark gestiegenen Materialkosten – eine Verdreifachung gegenüber der vorhergehenden Befragung im Januar. 53 Prozent der Unternehmen belasten gestie-

NORDMETALL

Dr. Nico Fickinger,
Hauptgeschäftsführer

gene Energiekosten.

Schiff- und Flugzeugbau sowie in Teilen die Autoindustrie und ihre Zulieferer sind weiter unsere Sorgenkinder, bei denen die allgemeine Erholung in der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie nur in Teilen ankommt.³

Beschäftigung:

Der Fachkräftemangel ist mit voller Wucht zurückgekehrt, der Azubischwund ist dramatisch.

51 Prozent der M+E-Unternehmen in MV beklagen die schlechte oder unbefriedigende Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften, der höchste Wert seit drei Jahren. 57 Prozent sehen den Azubimangel als schwerwiegendes Problem.

Nur noch 21 Prozent der M+E-Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern nutzen das Instrument der Kurzarbeit.

Personalabbau haben sich in den kommenden drei Monaten nur sechs Prozent der Firmen in Mecklenburg-Vorpommern vorgenommen..⁴

Aktuelle Corona-Politik:

Trotz leicht sinkender Arbeitslosenzahlen im November und vor dem Hintergrund der vierten Corona-Welle warnt die Metall- und Elektroindustrie im Norden vor wieder zunehmender Kurzarbeit und fordert eine generelle Impfpflicht, um die Belegschaften bestmöglich zu schützen und um Aufwand und Belastungen für Betriebe und Beschäftigte so gering wie möglich zu halten.

„Bislang können wir kein hinreichendes strategisches Handeln der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung bei der Pandemie-Bekämpfung erkennen. Es muss nun darum gehen, das Hin und Her von Lockdown, Öffnungen und erneutem Lockdown zu beenden. Auch die ständige Veränderung der Corona-Schutz-Regeln wirkt kontraproduktiv. Es gilt jetzt zu verhindern, dass unsere Betriebe nachhaltig geschädigt werden. Sowohl die Unternehmen als auch deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich keine Dauer-Kurzarbeit leisten“ Auch der Organisations- und Kontrollaufwand für ein 3-G-Konzept sei unverhältnismäßig hoch.⁵

„Jetzt muss auch die Politik liefern und eine allgemeine Impfpflicht einführen. Eine einrichtungsbezogene Impfpflicht reicht in dieser Situation nicht aus. Wenn wir in der Pandemiebekämpfung wirklich effektiv vorankommen wollen, brauchen wir den Mut der Regierenden zu umfassenden und möglichst schnellen Lösungen. Viel zu viel wertvolle Zeit ist bereits verstrichen. Gerade weil auch eine allgemeine Impfpflicht nur mit Verzögerung wirkt, darf nicht länger gewartet werden.“⁶

³ Quelle: AGV_NM_Konjunkturumfrage_Herbst 2021 vom 02.11.2021

⁴ Quelle: AGV_NM_Konjunkturumfrage_Herbst 2021 vom 02.11.2021

⁵ Quelle: NORDMETALL-PI vom 30.11.2021

⁶ Quelle: NORDMETALL-PI vom 30.11.2021

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Graf-Schack-Allee 10 a • 19053 Schwerin
Telefon: 0385 6356 201, Telefax: 0385 6356 151
E-Mail: matschenz@vumv.de, Internet: www.vumv.de
Stand: 03.01.2022
Autor: Jens Matschenz, VU-Geschäftsführer Wirtschaft und Arbeit

